



[Diesen Artikel drucken](#) | [Dieses Fenster schließen](#)

## Abgeordnete müssen Nebeneinkünfte transparenter machen

---

Donnerstag, 25. Oktober 2012, 14:42 Uhr

Berlin (Reuters) - Bundestagsabgeordnete müssen künftig genauere Angaben über ihre Nebeneinkünfte machen, diese aber nicht auf Euro und Cent genau veröffentlichen.

Die Koalition aus Union und FDP setzte am Donnerstag gegen die Stimmen der Opposition ein Modell durch, bei dem die Höhe der Einkünfte in mehr Stufen als bisher und damit detaillierter dargelegt werden müssen. "In Zukunft werden Nebeneinkünfte von Abgeordneten in zehn Stufen - ab 1000 bis über 250.000 Euro - offengelegt werden müssen", erläuterte der Parlamentarische Geschäftsführer der Unions-Fraktion, Michael Grosse-Brömer. Ein angestrebter fraktionsübergreifender Konsens in der Rechtsstellungskommission kam aber nicht zustande. Die SPD kündigte an, auf weiterreichendere Änderungen drängen zu wollen.

Auslöser der Debatte waren das Bekanntwerden hoher Nebeneinkünfte des designierten SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück. Der frühere Finanzminister hat in den vergangenen drei Jahren durch Vorträge mehrere Hunderttausend Euro verdient. Er hat angekündigt, seine Einnahmen öffentlich zu machen.

Bislang müssen die Abgeordneten nur angeben, ob sie zwischen 1000 und 3500 Euro, 3.500 bis 7.000 Euro oder darüber hinaus verdienen. Konkrete Beträge müssen sie nicht nennen. Künftig sollen weitere Stufen für Einkünfte bis 15.000, 30.000, 50.000, 75.000, 100.000, 150.000, 250.000 Euro und über 250.000 Euro hinzu kommen. Die Koalition lege damit die Grundlage für Transparenz, "ohne das freie Mandat in unzulässiger Weise einzuschränken", sagte Grosse-Brömer.

Das Modell geht nun als Empfehlung an den Geschäftsordnungs-Ausschuss, der auf der Grundlage nun eine Änderung der Verhaltensregeln für Abgeordnete erarbeitet.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Thomas Oppermann, sagte, aus seiner Sicht handele es sich noch nicht um das letzte Wort. Die Koalition habe sich mit ihrer erweiterten Stufenregelung zwar bewegt, sei aber immer noch nicht bereit, echte Offenlegung herzustellen. Die SPD wolle weiterhin eine Veröffentlichung der Nebeneinkünfte "nach Euro und Cent". Die weiteren Gespräche in der Kommission werde die SPD nutzen, um noch mehr Transparenz zu erreichen, kündigte Oppermann an.

Sein Grünen-Kollege Volker Beck sagte, die Koalition habe sich nicht weit genug bewegt. So habe sie sowohl die Veröffentlichung der Verdienste auf Heller und Pfennig wie auch den Vorschlag der Grünen für ein Modell aus 13 Stufen abgelehnt. Die Linksfraktion monierte, von einer beitragsgenauen Offenlegung der Einkünfte bleibe der Beschluss meilenweit entfernt.

Der FDP-Haushaltsexperte und Vorsitzende der Rechtsstellungskommission, Hermann-Otto Solms, verteidigte den Beschluss. Den Abgeordneten bleibe es bei dem vereinbarten Konzept unbenommen, weitere Angaben zu ihren Nebentätigkeiten auf ihrer Homepage zu machen, gegebenenfalls auch in Euro und Cent.

ORGANISATION: STUFENMODELL LÄDT ZU VERSCHLEIERUNG EIN

Aus Koalitionskreisen hieß es, geprüft werden müsse im weiteren Verfahren noch, ob die Zuordnung zu den Stufen jährlich oder monatlich geschehen solle und ob auch unentgeltliche Zuwendungen angezeigt werden müssen. Auch werde diskutiert, ob Rückkehrrechte in den alten Job angezeigt werden sollen.

Die Transparenzorganisation "abgeordnetenwatch.de" kritisierte die von Union und FDP beschlossene Regelung. "Jedes Stufenmodell lädt zur Verschleierung und Stückelung von Nebeneinkünften ein und fördert das Misstrauen in die Politik", sagte Mitbegründer Gregor Hackmack. Die Anti-Korruptionsorganisation Transparency International bedauerte, dass sich der SPD-Vorschlag einer Veröffentlichung auf Euro und Cent nicht durchgesetzt habe. Vorsitzende Edda Müller sprach jedoch von einem Schritt in die richtige Richtung.

Reuters 2012. Alle Rechte vorbehalten. Jede weitere Veröffentlichung oder Verbreitung von Reuters-Daten, etwa durch Framing oder ähnliche Methoden, ist ohne die vorherige schriftliche Zustimmung von Reuters ausdrücklich verboten. Reuters und das Reuters-Logo mit der Sphäre sind eingetragene Warenzeichen oder Warenzeichen der Reuters Group of Companies weltweit.

---

Reuters-Journalisten sind dem Redaktionshandbuch von Reuters (Reuters Editorial Handbook) verpflichtet, das eine faire Darstellung und Offenlegung relevanter Themen vorschreibt.